

Schweiz

06.09.2005 -- Tages-Anzeiger Online

NGOs kritisieren den Bundesrat

Im September 2000 hatte die Uno ehrgeizige Entwicklungsziele beschlossen. Am Sondergipfel von nächster Woche wird erstmals Bilanz gezogen. Heftige Kritik erntet der Bundesrat bereits im Vorfeld.

Die Schweiz habe sich in den internationalen Diskussionen, wie die Millenniumsziele zur Halbierung der Armut bis 2015 erreicht werden könnten, bisher passiv bis abwehrend verhalten, kritisierte Bastienne Joerchel von Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, an einer Medienkonferenz heute in Bern.

Mit leeren Händen nach New York

Die Schweiz sei zusammen mit den USA das einzige wichtige Industrieland, das mit leeren Händen nach New York komme. Die Haltung der Schweiz stehe in scharfem Kontrast zu den Bemühungen der EU-Mitgliedsländer, die ihre Hilfe bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandeinkommens erhöhen wollten.

In einem gemeinsamen Aufruf forderten Alliance Sud, Amnesty International (AI), Pro Natura und der Schweizerische Gewerkschaftsbund den Bundesrat zu mehr Engagement für die Millenniumsziele auf. Die Entwicklungshilfe soll ebenfalls auf 0,7 Prozent erhöht und die Wirtschafts- und Handelspolitik stärker auf die Bekämpfung der weltweiten Armut, die Förderung der Menschenrechte und eine ökologisch nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden.

Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung

Der Bundesrat wird darin auch aufgefordert, Hand dafür zu bieten, dass die Entwicklungsländer mehr eigene, lokale Ressourcen für den Kampf gegen die Armut einsetzen könnten. Dazu gehörten insbesondere die Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung sowie geeignete Massnahmen, um ungerechtfertigte «Steuroptimierungen» durch transnationale Konzerne zu verhindern.

Die Schweiz handle oft widersprüchlich, sagte Daniel Bolomey, Generalsekretär von AI Schweiz. International profilieren sie sich gerne als Hüterin der Menschenrechte. Doch gleichzeitig versuche sie, Panzer in den Irak zu liefern, statt sich für eine bessere Kontrolle des internationalen Waffenhandels einzusetzen. Bolomey forderte den Bundesrat auf, sich am Gipfel dafür einzusetzen, dass der geplante Menschenrechtsrat dem Sicherheitsrat gleichgestellt wird.

Einsetzen soll sich der Bundesrat laut Sonja Ribic von Pro Natura auch dafür, dass umweltpolitische Aspekte sowohl in den Millenniumszielen wie auch generell in der Uno stärker verankert werden. Der nachhaltige Umgang mit der Umwelt müsse zum zentralen Element jeder langfristigen Strategie der Armutsbekämpfung werden.

170 Staaten am Uno-Sondergipfel

Der Uno-Sondergipfel «Millennium +5» findet vom 14. bis 16. September in New York statt. Erwartet werden über 170 Staatschefs. Vor fünf Jahren war am Millenniumsgipfel einstimmig eine Erklärung verabschiedet worden. Bis 2015 sollen

die schlimmste Armut weltweit halbiert und der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen massiv verbessert werden. Bereits am kommenden Samstag findet ein weltweiter Aktionstag gegen die Armut statt.

© Tamedia AG

[» Fenster schliessen](#)